

1



2

Forderung nach einem gerechten
Übergang im Sinne der
Beschäftigten



3



4



5



EFFAT

EU-Wahlen 2024:

**EFFAT fordert ein Gerechteres Europa
für Arbeitnehmer*innen #CallingEU**

2

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten



Worum geht es?

Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung sowie Hotel- und Gaststättengewerbe tragen wesentlich zum Klimawandel bei, sind aber gleichzeitig stark von dessen Auswirkungen betroffen.

Die Auswirkungen des Klimawandels werden von Jahr zu Jahr katastrophaler. Um unseren Planeten zu retten und unsere Arbeitsplätze sowie die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu schützen, muss dieser Trend zwingend umgekehrt werden.

Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung sowie Hotel- und Gaststättengewerbe haben großen Anteil am Klimawandel, sind aber gleichzeitig stark von dessen Auswirkungen betroffen. Unsere Lebensmittelkette und das Gastgewerbe nachhaltig zu gestalten, trägt maßgeblich zur Lösung der Klimakrise bei. Extreme Wetterereignisse haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit der von EFFAT vertretenen Arbeitnehmer*innen und stellen bereits jetzt eine Bedrohung für die Arbeitsplatzsicherheit dar.

Das Streben nach einer ökologischen Transformation ist zwar für die Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung, kann aber auch zu Verwerfungen in den EFFAT-Sektoren führen, was möglicherweise mit Arbeitsplatzverlusten, neuen Geschäftsmodellen und einem zusätzlichen Qualifikationsbedarf einhergeht.

Um diesen Risiken und Herausforderungen zu begegnen, ist es notwendig, Tarifverhandlungen zu stärken und sicherzustellen, dass alle umweltpolitischen Maßnahmen mit einer soliden sozialen Dimension einhergehen, um dem Wandel vorzugreifen und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern.

Kurzum: Wir brauchen **einen gerechten Übergang!** Eine Transformation, die genutzt wird, prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen und mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen, fairen Löhnen und fortschrittlichen Arbeitsbedingungen.

Wir brauchen einen gerechten Übergang, mit dem die Klimakrise bewältigt werden kann, wobei sich gleichzeitig die Chance bietet, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

EFFAT fordert ein Gerechteres Europa für Arbeitnehmer*innen

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten

Warum muss die EU eingreifen?

Die EU muss umdenken und trägt die Verantwortung, eine kohärente Strategie gegen den Klimawandel zu entwickeln, die sich an den Bürger*innen und Arbeitnehmer*innen orientiert.

Die Vision der EU auf dem Weg zur Klimaneutralität ist im Green Deal und in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ verankert. Obwohl diese Maßnahmen für die Zukunft unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung sind, stehen sie derzeit wegen mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz unter Beschuss. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Die vorherrschende Meinung ist, dass der ökologische Wandel Europa aufgezwungen wird und die Schwächsten die Kosten zu tragen haben. Das Fehlen konkreter Einschätzungen der positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Beschäftigung gefährdet ihre Bewertung.

Diese Unzulänglichkeiten werden zu Bausteinen des rechtsextremen, populistischen Diskurses, der sich gegen Wissenschaft, Arbeitnehmer*innen und die Zukunft der jungen Generationen richtet.

Ohne einen anderen Ansatz besteht die Gefahr, dass die gesamten klimapolitischen im Green Deal verankerten Ambitionen der EU zur Randerscheinung werden, mit der düsteren Aussicht, dass die Klimakrise ohne eine solide Politik bewältigt werden muss.

Es liegt in der Verantwortung der EU, den Klimawandel mit einer kohärenten Strategie anzugehen, bei der die Bürger*innen und Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt gestellt werden, und die daher Akzeptanz findet.

In der vorangegangenen Legislaturperiode ist die EU von ihren ehrgeizigen Verpflichtungen im Rahmen des „Green Deal“ und der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie abgerückt, weshalb es nun an gesellschaftlicher Akzeptanz mangelt.

Was kann die EU tun?

Bei dem gerechten Übergang geht es darum, unsere Sektoren umweltfreundlicher zu gestalten und gleichzeitig die Tarifverhandlungen zu stärken sowie die Gleichstellung der Geschlechter und die Demokratie am Arbeitsplatz zu fördern.

EFFAT fordert ein Gerechteres Europa für Arbeitnehmer*innen

2

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten



Es geht auch darum sicherzustellen, dass der ökologische Wandel allen zugutekommt, ohne dass er zu einer Verschärfung von Ungleichheiten führt.

Um einen wahrhaftig gerechten Übergang in unseren Sektoren zu erreichen, sollte das Augenmerk der nächsten Amtszeit der EU auf folgenden Prioritäten liegen:

1. Die Bewältigung der sektorspezifischen Probleme, die sich negativ auf die Arbeitnehmer*innen und auf die Umwelt auswirken:

Es gibt viele Themen, die Arbeitnehmer*innen betreffen und gleichzeitig zur Verschlechterung der Umwelt beitragen.

Im Agrar- und Nahrungsmittelsektor sind dies u.a.:

- **Machtkonzentration in der Lebensmittelkette:** Die großen Akteure (Lebensmitteleinzelhandel, Supermarktketten, Lebensmittelgiganten, Agrochemie-Unternehmen) nutzen ihre Verhandlungsmacht gegenüber den kleinen Akteuren (z.B. Kleinbauern, Beschäftigte in der Agrar- und Nahrungsmittelwirtschaft) und drängen sie in die Armut oder zu nicht nachhaltigen Praktiken, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dieser Konzentrationsprozess stellt auch eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Nahrungsmitteln dar.

- **Kurzfristigkeit und Maximierung des Aktienwerts:** Private Equity Fonds, Spekulanten und Finanzinvestoren interessieren sich zunehmend für den Agrar- und Ernährungssektor. Die EU sollte finanzielle Kurzfristigkeit auf Kosten von Natur und Gesellschaft verhindern. Dies gilt insbesondere für einen Sektor, dessen Hauptziel darin bestehen sollte, eine wachsende Bevölkerung in einer Welt mit begrenzten Ressourcen mit nahrhaften und gesunden Lebensmitteln zu versorgen.
- **Ein unhaltbarer Ansatz für Handelsabkommen:** Internationaler Handel sollte niemals zu unlauterem Wettbewerb und einem globalen Wettlauf beim Abbau von Rechten und Arbeitsbedingungen führen. Im Gegenteil: Handelsabkommen sollten ein Instrument zur Bekämpfung von Ungleichheiten und zur Verteidigung der Ernährungssouveränität sein.

Für das **Hotel- und Gaststättengewerbe** sind dies u.a.:

- **Massentourismus:** Der Massentourismus lebt von einem Modell, das auf niedrigen Löhnen und prekärer Arbeit basiert. Weitere Kennzeichen sind negative Auswirkungen auf die Landnutzung, die Zunahme von Abfall, Verschmutzung und der Verlust natürlicher Lebensräume sowie Schäden an Natur- und Meeresgebieten.

EFFAT fordert ein Gerechteres Europa für Arbeitnehmer*innen

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten

- **Unkontrollierte Online-Plattformen:** Der weitgehend unregulierte Wirtschaftszweig der Online-Plattformen in ganz Europa zeigt die Schattenseiten der Digitalisierung. Dieser Trend geht zu Lasten der Beschäftigungsstabilität und beeinträchtigt die Qualität der angebotenen Dienstleistungen.

2. Einbeziehung sozialer Belange in die Umweltpolitik

Alle umweltpolitischen Maßnahmen, ob sie auf institutioneller Ebene beschlossen oder von einem bestimmten Unternehmen durchgeführt werden, müssen eine solide soziale Dimension aufweisen, um eine gerechte Umsetzung zu gewährleisten. Dazu sollten gehören:

- **Strenge sozioökonomische Folgenabschätzungen:** Ein großes Manko der EU-Umweltpolitik und der einschlägigen Maßnahmen (z.B. Green Deal, Vom Hof auf den Tisch, Fit for 55) ist das Nichtvorhandensein einer umfassenden Bewertung ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen.
- **Eine eindeutige Governance des Übergangs unter Einbeziehung der Gewerkschaften:** Die Vorwegnahme und Überwachung des Wandels ist der Schlüssel zu einem gerechten Übergang. Die Einbeziehung der Sozialpartner ist entscheidend, da die Beiträge von europäischen, nationalen und lokalen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eine maßgebliche Rolle für die Entwicklung genauer Prognosen und für die Minimierung potenzieller negativer Auswirkungen spielen.

3. Finanzielle Unterstützung für Unternehmen an soziale Konditionalität knüpfen:

Die für den Übergang erforderlichen Mittel müssen an soziale Konditionalität geknüpft werden. EFFAT ist nicht dagegen, dass Arbeitgeber finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Betriebe und Lieferketten umweltfreundlicher zu gestalten. Im Gegenteil, der grüne Wandel erfordert erhebliche Mittel, und die EU und die Mitgliedstaaten sollten viel in diesen Bereich investieren. Gleichzeitig fordert EFFAT aber eine sorgfältige Prüfung der Ausgaben und besteht darauf, dass die mit der ökologischen Transformation verbundenen EU- und nationalen Mittel nicht an Arbeitgeber fließen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen missachten oder Investitionen in qualitativ hochwertige Arbeitsplätze vernachlässigen.

4. Einführung von EU-Rechtsvorschriften zu zulässigen Höchsttemperaturen am Arbeitsplatz und zum Recht auf den Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen:

Der Klimawandel wirkt sich bereits auf die Gesundheit, die Sicherheit und die Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten aus. Strategien zur Dekarbonisierung und zur Verbesserung der Nachhaltigkeit unserer Sektoren müssen durch Anpassungsstrategien ergänzt werden.

EFFAT fordert ein Gerechteres Europa für Arbeitnehmer*innen

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten

Die Anpassung an den Klimawandel umfasst die Vorbereitung auf und die Anpassung an aktuelle und vorhergesagte Auswirkungen. Diese Strategien sollten sich auch mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen befassen und wichtige Schutzmaßnahmen einbeziehen, wie etwa:

Ein verbindliches EU-Rechtsinstrument für zulässige Höchsttemperaturen bei der Arbeit: Extremer Hitze während der Arbeit ausgesetzt zu sein, kann zu Berufskrankheiten und Verletzungen führen. Hitzestress kann zu Hitzschlag, Hitzeerschöpfung, Hitzekrämpfen oder hitzebedingtem Hautausschlag führen. Alle Arbeitnehmer*innen haben das Recht, bei Temperaturen zu arbeiten, die sie nicht krank machen. Da die Wetterbedingungen über die nationalen Grenzen hinausgehen, ist ein europäisches Vorgehen unerlässlich. EFFAT drängt auf die Umsetzung einer EU-Gesetzgebung, die zulässige Höchsttemperaturen bei der Arbeit festlegt. Diese Rechtsvorschriften sollten Bestimmungen über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung der Pausen bei hohen Temperaturen enthalten. Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, wirksame Belüftungssysteme für Arbeitnehmer*innen in Innenräumen zu installieren. Ausgleichszahlungen für Stunden/Tage, an denen aufgrund extremer Wetterereignisse nicht gearbeitet werden konnte, sollten durch das Sozialsystem abgedeckt und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Ein GERECHTER Übergang im Sinne der Arbeitnehmer*innen

- Greift sektorspezifische Probleme auf, die Arbeitnehmern*innen und Umwelt schaden
- Verankert eine soziale Dimension in allen umweltpolitischen Maßnahmen und Gesetzen
- Reguliert die Arbeit bei zulässigen Höchsttemperaturen durch eine verbindliche EU-Initiative

2

Forderung nach einem gerechten Übergang im Sinne der Beschäftigten

Das Recht auf Weiterbildung und auf den Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen: Als Folge des Klimawandels werden Arbeitsplätze verloren gehen oder sich verändern. Beschäftigte in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelverarbeitung und im Hotel- und Gaststättengewerbe werden Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme benötigen, um entsprechende Qualifikationen zu erwerben und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.



EFFAT ist der europäische Verband der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften, der auch Hausangestellte vertritt.

Als europäischer Gewerkschaftsverband, der 116 nationale Gewerkschaften aus 37 europäischen Ländern vertritt, verteidigt EFFAT die Interessen von mehr als 25 Millionen Arbeitnehmer*innen gegenüber den europäischen Institutionen, den europäischen Arbeitgeberverbänden und den transnationalen Unternehmensleitungen.

EFFAT ist Mitglied des EGB und die europäische Regionalorganisation der IUF.



EFFAT fordert ein Gerechteres Europa für Arbeitnehmer*innen

**EU-Wahlen
2024#CallingEU**
Mehr erfahren auf:
eu24.effat.org



 @EFFAT_org

 @EFFATPress

 @EFFAT_org

 @EFFAT



EFFAT

**European Federation of
Food, Agriculture and Tourism Trade Unions**

Avenue Louise 130a, 1050 Brussels, Belgium

www.effat.org